

Beilage 19.**Bericht**

des volkswirtschaftlichen Ausschusses über die Eingabe des Stadtrates Dornbirn d. d. 8. August d. J. betreffend die Erstellung eines geeigneten Gebäudes für die k. k. Stickereischule und Beschaffung der nötigen Mittel.

Hocher Landtag!

Die Stadt Dornbirn hat bei der Gründung der k. k. Stickereischule der Unterrichtsverwaltung gegenüber die Aufgabe übernommen, für die notwendigen Räumlichkeiten, sowie Heizung, Beleuchtung, Bedienung u. s. w. aufzukommen. Über Ansuchen bewilligte der hohe Landtag der Stadt Dornbirn zur Bestreitung ihrer Auslagen in den Jahren 1896 - 1900 je 700 K, für die Jahre 1901 - 1905 je 900 K, wodurch ungefähr die Hälfte derselben gedeckt wurde.

Aus den Erfahrungen, welche die k. k. Stickereischule seit ihrem Bestande regelmäßig machen mußte, hat sich längst ergeben, daß dieselbe bei unserer stark entwickelten Industrie zu klein ist; die Anmeldungen sind so zahlreich, daß beständig 50 - 60 Gesuche von Schülern zurückgelegt werden müssen und oft nach langer Zeit erst zur Erledigung kommen können, da bei der gegenwärtigen Maschinenzahl (vier) jährlich nur 16 - 18 Schüler den Unterricht genießen können. Der Ausschuss der k. k. Stickereischule arbeitet daher in anerkennenswerter Weise auf eine Erweiterung der Schule hin, mit welcher auch eine Schifflemaschine zur Aufstellung kommen soll, da bei der stets wachsenden Zahl derselben im Lande auch dieser Zweig eine entsprechende Berücksichtigung verdient. Das Bestreben des Ausschusses der k. k. Stickereischule ist daher nur zu begrüßen und verdient die Unterstützung aller für die Stickerei sich interessierenden Kreise.

Da eine Vergrößerung der Schule selbstverständlich größere Räumlichkeiten verlangt, müßte die bisherige Unterkunft aufgegeben werden, da sie, wie das Gesuch sagt, nicht erweiterungsfähig ist. Der Stadtrat von Dornbirn trägt sich daher mit dem Gedanken, der Stadtvertretung den Antrag vorzulegen, für die k. k. Stickereischule einen Neubau zu erstellen, für den sich nach den gepflogenen Erhebungen eine Ausgabe von 50,000 K ergeben würde. Der Baugrund ist in dieser Summe nicht miteingerechnet, da der Stadtrat erwartet, die Stadtvertretung werde zu diesem Zwecke Gemeindegund bewilligen. Die Richtigkeit dieser Berechnung vorausgesetzt, dürfte der Jahresaufwand, für welchen Dornbirn aufzukommen hätte, auf jährlich mindestens 3000 K sich stellen.

